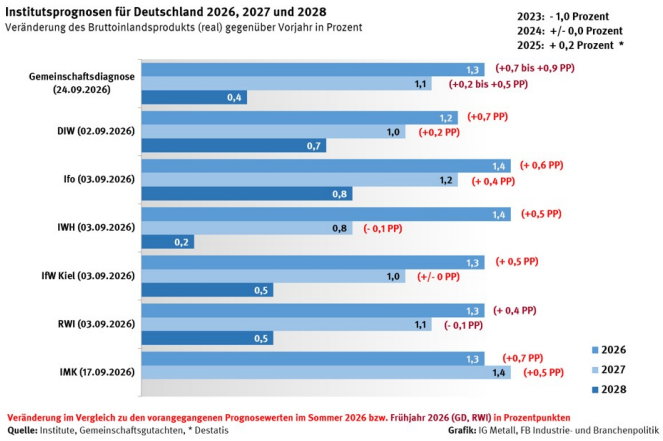
Wirtschaft Aktuell

Herbstprognosen bestätigen robustere Erholung

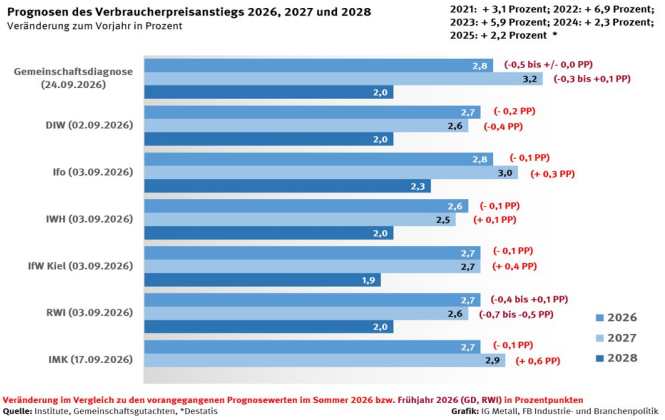
Gegenüber den Prognosen vom Frühjahr und Sommer hat sich das Konjunkturbild aufgehellt: Für 2026 erwarten die Institute nun ein Wirtschaftswachstum zwischen 1,2 und 1,4 Prozent. Kräftige Exporte, insbesondere in die europäischen Absatzmärkte und zusätzliche staatliche Ausgaben für Infrastruktur und Verteidigung stützen die Erholung. Privater Konsum und private Investitionen bleiben schwach. Für 2027 ist das Bild uneinheitlicher: Das IMK rechnet mit 1,4 Prozent Wachstum optimistischer als Gemeinschaftsdiagnose und IW. Die Inflation bleibt 2026 mit rund 2,5 bis 2,8 Prozent erhöht. Zugleich kommt die Belebung bislang kaum am Arbeitsmarkt an: In der Industrie setzt sich der Beschäftigungsabbau trotz verbesserter Auftragslage fort. Hohe Energiepreise und geopolitische Konflikte bleiben erhebliche Risiken.

Die Herbstprognosen zeichnen **ein deutlich günstigeres Konjunkturbild als noch im Frühling und Sommer**. Für 2026 erwarten die Institute nun ein **reales Wirtschaftswachstum zwischen 1,2 Prozent (DIW) und 1,4 Prozent (ifo, IWH).** Die Aufwärtskorrekturen beruhen vor allem auf dem unerwartet starken ersten Halbjahr mit **kräftigen Exporten in die europäischen Absatzmärkte** und **zusätzlichen staatlichen Ausgaben für Infrastruktur und Verteidigung**. Für 2027 reichen die Prognosen von **0,8 Prozent (IWH) bis 1,4 Prozent (IMK).** Das IMK erwartet damit eine stärkere Fortsetzung der Erholung als die übrigen Institute.



Passend zu den verbesserten BIP-Prognosen hat sich auch der **Ifo-Geschäftsklimaindex seit April deutlich aufgehellt** - mit einem Aufwärtstrend zuletzt sowohl bei den Lageeinschätzungen als auch bei den Erwartungen. Der insgesamt verbesserte Ausblick relativiert eine pauschale Krisen- und Niedergangsrhetorik. Die Lage der Branchen und Betriebe bleibt dabei sehr unterschiedlich. Von einem breiten, selbsttragenden Aufschwung kann noch nicht gesprochen werden: **Privater Konsum und private Investitionen bleiben schwach, die Belebung kommt kaum am Arbeitsmarkt an**. Zugleich bleibt der Ausblick anfällig für geopolitische Eskalationen, weitere Energiepreisschübe und ein Auslaufen von Exportsondereffekten.

Der **Energiepreisschock** hält die Inflation in Deutschland über dem Zwei-Prozent-Ziel der Europäischen Zentralbank. Für 2026 reichen die Prognosen von **2,6 Prozent (IWH) bis 2,8 Prozent (Gemeinschaftsdiagnose, ifo); das IMK erwartet 2,7 Prozent.** Für 2027 liegen die Werte zwischen **2,5 Prozent (IWH)** und **3,2 Prozent (Gemeinschaftsdiagnose)**. Das **IMK rechnet mit 2,9 Prozent** und damit einer höheren Teuerung als noch im Sommer. Ausschlaggebend sind vor allem die verzögerte Weitergabe höherer Gas- und Strompreise, indirekte Energiepreiseffekte sowie höhere Gesundheitszuzahlungen und indirekte Steuern. Bislang ist jedoch **keine breite Preis-Lohn-Spirale** erkennbar.



Höhere Preise, steigende Sozialbeiträge und die nur teilweise ausgeglichene **kalte Progression belasten die Kaufkraft.** IMK, Gemeinschaftsdiagnose und IW erwarten für 2026 übereinstimmend **nur 0,3 Prozent realen Konsumzuwachs**.

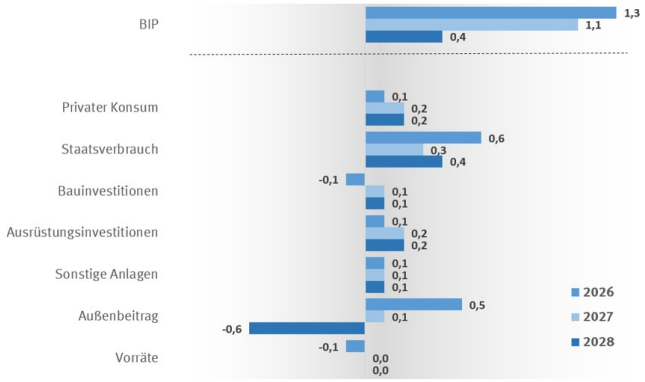
Exporte und Staatsausgaben tragen die jüngste Erholung. Im ersten Halbjahr 2026 stiegen besonders die **Warenausfuhren in die EU**. Gefragt waren elektronische und optische Erzeugnisse sowie elektrische Ausrüstungen. Teile der deutschen Industrie profitieren damit vom Ausbau der Energienetze, von Digitalisierung und weltweiten Investitionen in Rechenzentren und Künstliche Intelligenz. Für 2026 erwartet das **IMK einen Exportzuwachs von 3,5 Prozent, die Gemeinschaftsdiagnose 3,7 Prozent und das IW 2,8 Prozent.** Nach Berechnungen der Gemeinschaftsdiagnose als auch des IMK erhöht der **Außenbeitrag das BIP-Wachstum um 0,5 Prozentpunkte.** Die Exportstärke ist jedoch noch keine strukturelle Trendwende: Gemeinschaftsdiagnose und IW verweisen auf Vorzieheffekte, Lageraufbau und zeitweilige Wettbewerbsvorteile infolge des Golfkonflikts. Zugleich gingen die Ausfuhren nach China und in die USA zurück, während der chinesische Wettbewerb auf Drittmärkten zunimmt. Die Gemeinschaftsdiagnose und das IMK erwarten deshalb ab 2027 einen geringeren und teils auch wieder einen negativen Wachstumsbeitrag des Außenhandels.

In der zweiten Jahreshälfte löst die **staatliche Nachfrage** die Exporte zunehmend als wichtigste Triebkraft der Erholung ab. Nach Berechnungen des **IMK** entfalten die finanzpolitischen Maßnahmen 2026 einen expansiven Impuls von 3**6,6 Milliarden Euro beziehungsweise 0,8 Prozent des Bruttoinlandsprodukts**. Davon entfallen 10 Milliarden Euro auf Infrastruktur und Klimaneutralität und 8 Milliarden Euro auf Verteidigung. Die **Gemeinschaftsdiagnose** kommt nach einer abweichenden Methodik auf rund **22 Milliarden Euro beziehungsweise 0,5 Prozent des BIP**. Ohne die erstmals als restriktive Maßnahme berücksichtigte kalte Progression läge ihr Wert mit rund 34 Milliarden Euro nahezu auf IMK-Niveau. Entscheidend ist, ob die Mittel zusätzliche Investitionen, Aufträge und Beschäftigung auslösen. Die Gemeinschaftsdiagnose warnt vor Planungs- und Beschaffungsverzögerungen, begrenzten Kapazitäten und der Finanzierung ohnehin geplanter Projekte.

Die privaten Investitionen bleiben schwach und volatil. Für 2026 erwartet die **Gemeinschaftsdiagnose zwar 3,8 Prozent mehr private Ausrüstungsinvestitionen**, führt dies aber auf ein ungewöhnlich starkes erstes Quartal zurück; für 2027 prognostiziert sie nur **0,9 Prozent**. Das **IMK erwartet für die Ausrüstungsinvestitionen insgesamt 0,8 Prozent**, das **IW sieht private Investoren weiter im „Vorsichtsmodus“**. Energie- und Finanzierungskosten, geopolitische Unsicherheit, Bürokratie und Fachkräfteengpässe treffen auf schwache Nachfrage, geringe Kapazitätsauslastung und fehlende betriebliche Transformationsstrategien. Die Investitionsschwäche lässt sich deshalb nicht auf einzelne Kostenfaktoren reduzieren.

Auch die Binnenkonjunktur bleibt schwach. IMK, Gemeinschaftsdiagnose und IW erwarten für 2026 übereinstimmend nur **0,3 Prozent realen Konsumzuwachs**. Höhere Preise, steigende Sozialbeiträge und die nur teilweise ausgeglichene kalte Progression zehren einen Teil der nominalen Einkommenszuwächse auf. Gemäß Gemeinschaftsdiagnose und IMK trägt der **private Konsum 2026 lediglich 0,1 Prozentpunkte zum BIP-Wachstum bei** - nach zuvor noch 0,7 Prozentpunkten in 2025.

Beiträge der Nachfragekomponenten zum Anstieg des realen BIP 2026/2027/2028
in Prozentpunkten des BIP



Quelle: GD Herbstgutachten, 24.09.2026 **Grafik:** IG Metall, FB Industrie- und Branchenpolitik

Die Aufhellung kommt zudem kaum am Arbeitsmarkt an. Die **Gemeinschaftsdiagnose** erwartet 2026 rund **202.000 Erwerbstätige weniger als im Vorjahr**, das **IW rund 200.000.** Das Verarbeitende Gewerbe konnte im zweiten Quartal 2026 seine Wertschöpfung preisbereinigt um 1,1 Prozent steigern und verzeichnete damit erstmals seit dem ersten Quartal 2023 wieder einen Anstieg zum Vorjahr. Dennoch bleibt das industrielle Produktionsniveau weiter deutlich unter Vorkrisen-Niveau: Nach dem **IMK** lag die **Produktion im zweiten Quartal noch 13,2 Prozent unter dem zweiten Quartal 2019**; seitdem gingen rund **617.000 Industriearbeitsplätze verloren**. In der Metall- und Elektroindustrie **stiegen die Auftragseingänge** im zweiten Quartal zwar um **5,2 Prozent** gegenüber dem Vorjahr. Die Produktion lag aber noch knapp **11 Prozent unter dem vierten Quartal 2019**, die Kapazitätsauslastung unter 80 Prozent. Die Erholung fällt damit stärker aus als im Sommer erwartet, ist aber noch nicht breit investitions- und beschäftigungsgetragen.

Höhere Entgelte stärken Kaufkraft und den zuletzt schwächelnden Konsum. Angesichts diverser anhaltender Unsicherheiten könnten deutliche Lohnsteigerungen einen wichtigen Beitrag zur Stabilisierung der (Binnen-)Konjunktur leisten. Nach oben revidierte Produktivitätserwartungen haben den Spielraum für verteilungsneutrale Lohnsteigerungen zuletzt vergrößert. Die Gemeinschaftsdiagnose Herbst 2026 erwartet für 2026 nun einen Anstieg der Stundenproduktivität um 1,3 statt 0,4 Prozent; für 2027 wurde der Wert von 0,6 auf 1,0 Prozent angehoben. Eine nähere Erläuterung findet sich im Gutachten nicht; die Aufwärtskorrektur dürfte jedoch vor allem die günstigere Einschätzung der Produktions- und Exportentwicklung widerspiegeln. Zusammen mit den prognostizierten Inflationsraten von 2,8 bzw. 3,2 Prozent ergeben sich **verteilungsneutrale Lohnsteigerungsspielräume von 4,1 Prozent für 2026 und 4,2 Prozent für 2027**. Auch das IMK kommt bei seinen Berechnungen mit ebenfalls höheren Produktivitätserwartungen auf dieselben Orientierungswerte für verteilungsneutrale Lohnzuwächse.